

Übersichten

Außenpolitik

*(1) "Die Macht kommt aus dem Gewehr": Li Peng im Interview

Der Chefredakteur der *Welt* führte mit Ministerpräsident Li Peng ein Interview zu Fragen der gegenwärtigen Situation in der VR China (Die Welt, 20.11.89, S.9).

Im ersten Teil wiederholt Li die bereits hinlänglich bekannten legitimatorischen Thesen zur Niederschlagung der "konterrevolutionären Rebellion": Man habe den Dialog mit den Studenten gesucht, habe sich jedoch gegen die Chaoten unter ihnen nicht durchsetzen können. Damit sich nicht Zustände wie während der Kulturrevolution wiederholen könnten, habe sich die Regierung schließlich gezwungen gesehen, den Ausnahmezustand über einige Teile Beijings zu verhängen. Eigentlich habe sich die Situation bereits am 1. Mai etwas beruhigt. Nach einem ausführlichen Dialog mit Regierungsvertretern hätten sich die Studenten am 4. Mai dann sogar bereiterklärt, in die Hochschulen zurückzukehren. Da aber habe Zhao Ziyang am 4. Mai beim Empfang von Vertretern der Asiatischen Entwicklungsbank eine Rede gehalten, die der Meinung der Mehrheit des ZK zuwiderliefe. Durch diese Rede (sic!) sei die Unruhe unter den Studenten neu angeheizt worden, und es sei zu einem Hungerstreik mehrerer Tausend Studenten auf dem Tiananmen-Platz gekommen. Zhaos Politik habe die Partei gespalten.

Li Peng stellt hier allen Ernstes die These auf, daß es Zhao Ziyang gewesen sei, der die Studentenunruhen neu angefacht habe - eine nun wirklich monokausale Betrachtungsweise! Leider war der Interviewpartner der *Welt* unverfrorenen Behauptungen dieser Art nicht gewachsen; er unterließ es - offensichtlich aus Sachkenntnis - hier nachzustoßen.

Auf die weitere Frage, ob es denn gängig sei, daß eine "Volksarmee" auf das eigene Volk schieße, und ob es bei dieser Entscheidung nicht schwere Auseinandersetzungen innerhalb der Führung sowie unter den Soldaten gegeben habe, referierte Li Peng die inzwischen unzählige Male wiederholte Selbstverteidigungstheorie: "Die Armee" habe ausschließlich in Selbstverteidigungsabsicht "zurückgeschossen". Leider habe es unter den Toten und Verletzten auch einige Schaulustige gegeben, die versehentlich getroffen wurden. Innerhalb der Armee habe es keinerlei Widersprüche gegeben. Die VBA sei eine hochdisziplinierte Armee. "Wir schließen zwar nicht aus, daß einzelne Soldaten und einzelne Offiziere den Befehl nicht verstanden haben (sic!). Aber innerhalb der Armee gab es keinen rivalisierenden Teil. Das Unverständnis einzelner Soldaten und Offiziere bezieht sich nur auf die Anfangsphase kurz nach der Verhängung des Ausnahmezustands in Beijing. In dieser Anfangsphase haben einzelne Soldaten die Handlungen nicht ganz verstanden. Aber nachdem sie mit eigenen Augen gesehen haben, wie die Situation ist, waren sie um so entschlossener."

Es seien "etwas mehr als 300 Tote" gezählt worden, einschließlich der Soldaten und Offiziere. Auf dem Tiananmen-Platz habe es keinen einzigen Toten gegeben. Dort hätten die etwa 2.000 Demonstranten vielmehr friedlich abziehen können. Die Behauptung, auf dem Tiananmen-Platz sei ein Massaker angerichtet worden und Panzer hätten Menschen niedergewalzt, sei eine reine Erfindung westlicher Medien - ebenso übrigens wie die Gerüchte, denen zufolge Deng Xiaoping gestorben und er, Li Peng, angeschossen worden sei.

Ja, die Macht komme aus den Gewehrläufen! Er, Li Peng, sei zwar nie ein Soldat, sondern 30 Jahre lang ein Ingenieur für Elektrizitätswesen gewe-

sen; doch habe er einsehen müssen, daß "die chinesische Staatsmacht auf den Gewehren beruht" (eine schöne Legitimation!).

Er selbst habe bei den entscheidenden Entschlußfassungen nur eine "untergeordnete Rolle gespielt". Wörtlich: "Der Beschluß zur Niederschlagung der Konterrevolution war eine kollektive Entscheidung der Mehrheit der Ständigen Mitglieder des Politbüros. Diese Entscheidung wurde auch von den Veteranen unterstützt. Dabei habe ich, was mich persönlich betrifft, nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Ich war nur ein Mitglied der Führung. Aber da ich das Amt des Ministerpräsidenten inne habe, mußte ich diese Funktion entsprechend ausüben."

Es habe weniger als 20 Todesurteile gegeben, und zwar nur gegen solche Demonstranten, die sich kriminell betätigt, also Schlägereien, Zerstörungen, Plünderungen, Brandstiftungen und Morde begangen hätten. Gegen die anderen Demonstranten nehme die Regierung eine "tolerante Haltung" ein. In der Zwischenzeit habe man auch ein Demonstrationsgesetz ausgearbeitet.

Die Demonstranten hätten "richtige" und "falsche" Forderungen erhoben. "Falsch" seien solche Vorschläge, die sich gegen die Kommunistische Partei und gegen das sozialistische Regime richteten, "richtig" dagegen solche Forderungen, die die Bekämpfung der Korruption verlangten.

In diesem Zusammenhang gibt Li Peng zu, daß sich auch "führende Mitglieder des Staatsrats und Mitglieder des Politbüros" an Schieberien beteiligt hätten. "Ungefähr 28 Personen" seien von diesem Vorwurf betroffen: "Die Volksmassen waren unzufrieden mit einigen leitenden Kadern, die ihre Macht dazu ausgenutzt haben, große Profite zu erzielen... Unser Problem bestand darin, daß sehr viele Firmen gegründet und dabei sehr viel Spekulation betrieben wurde" (allzu verständlich ist es in diesem Zusammenhang, daß Li hier nicht die Machenschaften von Mitgliedern der Deng-Familie und anderer Clans erwähnt).

Eine Reihe von Dissidenten hätten sich ins Ausland oder aber in die US-Botschaft abgesetzt. Die chinesische Regierung bestehe nicht auf ihrer Aus-

lieferung, sondern verlange von den Regierungen der betreffenden Länder, vor allem von Frankreich und den USA, daß sie nicht gestattet, daß diese Rädelsführer Umsturzversuche unternähmen. Was den in die US-Botschaft geflohenen Fang Lizhi anbelange, so habe er sich durch diese Flucht vor dem chinesischen Volk disqualifiziert. "Wenn die Amerikaner bereit sind, ihn weiterhin zu ernähren, dann haben sie das Recht dazu." -we-

*(2)

Divide-et-impera-Politik Li Pengs

Vor Mitgliedern einer Delegation der Japanischen Vereinigung für die Förderung des internationalen Handels wies Ministerpräsident Li Peng am 29.11. darauf hin, daß es für die Japaner empfehlenswert sei, wieder normale Wirtschaftsbeziehungen mit China aufzunehmen und nicht weiterhin zusammen mit den westeuropäischen Ländern Wirtschaftssanktionen gegen China zu verhängen. Japan müsse doch erkennen, daß es durch die 1992 vorgesehene Integration des EG-Binnenmarkts benachteiligt werden solle (Kyodo in MD Asien, 4.12.89, S.5). -we-

*(3)

"Drei gute Nachbarn in Südasiens": Ministerpräsident Li Peng besucht Pakistan, Bangladesch und Nepal

Aus seiner ersten Südasiens-tour stattete Li Peng vom 14. bis 21. November den drei Ländern Pakistan, Bangladesch und Nepal einen jener "Sammelbesuche" ab, wie sie für die chinesische Außenpolitik seit Jahren typisch sind.

Erste Station war Pakistan, das seit Jahrzehnten als treuester Freund Chinas in Asien gilt, und das sich seine Treue auch immer wieder teuer hat bezahlen lassen. In der Tat ist der mit Abstand größte Anteil der chinesischen Entwicklungshilfe bisher in dieses südasiatische Land gegangen.

Der Handelsaustausch allerdings liegt bei bescheidenen 469 Mio. US\$ (XNA, 11.11.89). In Pakistan war viel vom indisch-chinesischen Verhältnis die Rede. Schon einen Monat vorher, nämlich am 16. Oktober, hatten sich der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Wu Xueqian und der damals

noch amtierende indische Regierungschef Rajiv Gandhi in einem Gespräch in Delhi darauf geeinigt, "im kommenden Jahr die Bemühungen zu intensivieren", den Grenzstreit beizulegen, der seit 1962 zu einem Krieg und zur 15jährigen Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten geführt hat.

Vom indisch-chinesischen Streit hat Pakistan die Jahre über profitiert. Später hat es seinen Vorteil aus der chinesischen Afghanistan-Diplomatie gezogen. Die "verlässliche Freundschaft" zwischen beiden Seiten solle, wie sich Benazir Bhutto und Li Peng während eines Festessens versicherten, für immer fortbestehen (XNA, 14.11.89). Pakistan war übrigens auch einer der ersten Staaten, die "Verständnis" für das Massaker vom Juni geäußert hatten.

Am 15. November unterzeichneten beide Seiten vier Abkommen, nämlich über die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet, über die Vermeidung von Doppelbesteuerung sowie über Steuerflucht, über die Lieferung von Straßenbaumaschinen durch China für die pakistanische Provinz Belutschistan und für die Lieferung von Hilfsgütern an afghanische Flüchtlinge, die sich in Pakistan aufhalten (XNA, 16.11.89).

Die pakistanische Regierung zeigte sich ihrem Gast gegenüber dankbar, daß China bereit sei, ihr ein Kernkraftwerk zu liefern. Dies sei ein Segen angesichts des ständigen Energiemangels in Pakistan (XNA, 19.11.89). Das Angebot war von Li Peng am 16. November ausgesprochen worden. Li Peng, der selbst 30 Jahre lang im Energiesektor führende Positionen ausgefüllt hatte, bot bei dieser Gelegenheit ein 300.000-kW-KKW an (XNA, 17.11.89).

In einem Interview mit dem pakistanischen Fernsehen wies Li auf die "allseitige Zusammenarbeit" zwischen Beijing und Islamabad hin. In diesem Zusammenhang gebe es auch eine militärische Kooperation, die jedoch, wie Li betonte, von ausschließlich defensivem Charakter sei und sich gegen kein Drittland richte.

Vom 14. bis 19. November hielt sich Li Peng sodann in Bangladesch auf, also in einem Staat, mit dem die Volksrepublik, anders als mit Pakistan und Ne-

pal, bisher verhältnismäßig wenig Berührungspunkte hatte, obwohl Präsident Ershad immerhin schon fünfmal die VR China besucht hatte. Hier galt es m.a.W. Boden gutzumachen.

Konsequenterweise wurden gleich fünf Abmachungen unterzeichnet, nämlich über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, über visafreie Besuche im Verkehr zwischen beiden Ländern, über die Herstellung von Brückenbaugutachten, über beiderseitigen Handel und über die Lieferung von Harnstoff aus Bangladesch (XNA, 19.11.89). Die örtliche Presse bereitete dem chinesischen Gast einen begeisterten Empfang - zumindest aus chinesischer Sicht (XNA, 22.11.89). Außerdem wurde, unabhängig von dem Li Peng-Besuch, bereits am 17. November ein Abkommen über Zusammenarbeit beim Bau eines 210.000-kW-Wärme-kraftwerks in der Nähe von Chittagong unterzeichnet (XNA, 18.11.89). China versucht m.a.W. auch in Bangladesch kräftig "einzusteigen", auch wenn es dort bei weitem noch nicht so stark präsent ist wie in Pakistan.

Kurz vor dem Besuch Li Pengs war in Beijing die Grundschule "Freundschaft zwischen Bangladesch und China", bei Bangladesch die Brücke "Freundschaft zwischen China und Bangladesch" eröffnet worden.

Der Außenhandel zwischen China und Bangladesch belief sich 1988 auf 129,18 Mio. US\$ (+31% gegenüber 1987). Auch in den ersten drei Quartalen d.J. 1989 war das Volumen erneut um 34,57% gegenüber dem Vorjahr angewachsen. China exportiert nach Bangladesch hauptsächlich Fahrräder, Papier, elektrische Haushaltsgeräte und Kohle, während es von dort her Leder, Tee und Tabak bezieht. Darüber hinaus hat China sich bereiterklärt, Bangladesch in Zukunft bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen stärker zu unterstützen (XNA, 8.11.89).

Die Regierung in Dakka war von dem Besuch so angetan, daß sie die sino-bengalischen Beziehungen als ein "Modell für andere Länder" hinstellte (Radio Dakka in SWB, 20.11.89).

In Nepal hielt Li Peng sich vom 19. bis 21. November auf und kehrte dann in die Volksrepublik zurück (XNA, 20.11.89).

Ähnlich wie mit Pakistan unterhält China auch mit Nepal seit Jahren freundliche Beziehungen die, wie bei Pakistan, auch hier durch das gemeinsame Mißtrauen gegenüber Indien mitbestimmt wurden. Nepals König Birendra hat China bereits sechsmal besucht. Zwischen beiden Seiten besteht ferner ein lebhafter Außenhandelsverkehr, der allerdings angesichts ungünstiger Transportbedingungen vielfach auf den kleinen Grenzhandel beschränkt ist und deshalb i.J. 1988 auf 24,7 Mio.US\$ beschränkt blieb - eine Summe, die aber immerhin 15% über dem Vorjahresergebnis lag. China kauft von Nepal Leder und Produkte, die vor allem bei der tibetischen Bevölkerung beliebt sind, während Nepal aus China umgekehrt Textilien, Leichtindustrieerzeugnisse, Maschinen und Pharmazeutika bezieht (XNA, 8.11.89). Ferner besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen China und Nepal auf dem Gebiet der Papier- und Textilindustrie. Außerdem gehört China, ebenso wie in Pakistan, auch in Nepal mit zu den wichtigsten Straßenbauern.

Bei seiner Ankunft in Nepal erklärte Li Peng am Abend des 19.November, die chinesische Regierung werde, völlig unbeeinflusst von der Weiterentwicklung der internationalen Lage, Nepal und die anderen südasiatischen Staaten stets bei ihren Bemühungen um die Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität sowie bei der Entwicklung ihrer Volkswirtschaft unterstützen. Chinesischen Beifall fänden auch allezeit ihre Forderungen für die Errichtung einer Friedenszone im Indischen Ozean, für eine kernwaffenfreie Zone in Südasiens und für eine Friedenszone in Nepal.

Bisher sind in Nepal 42 chinesische Programme durchgeführt worden, von denen 36 bereits abgeschlossen sind. Drei weitere befinden sich noch mitten im Bau, und drei sollen bald begonnen werden. Vor allem über die letztgenannten drei Objekte wurde am 20. November in Anwesenheit Li Pengs ein Abkommen unterzeichnet (XNA, 20.11.89).

Alles in allem war die Reise Lis eine Werbekampagne für Beijings neue Innenpolitik. Neben bilateralen wurden aber auch internationale Fragen besprochen. Vor allem legte Li Peng offensichtlich darauf Wert, daß alle drei

Gesprächspartner "Verständnis" für das Juni-Massaker äußerten. Seine Gastgeber waren höflich und gaben die erwünschte Erklärung ab. Auch bei den Pressekonferenzen, die Li Peng in allen drei Ländern gab, tauchten immer wieder die gleichen Themen auf: das Verhältnis zu den USA, die "Einmischung" der westlichen Länder in innenpolitische Angelegenheiten der Dritten Welt (angespielt wurde hier auf die Reaktionen zum Tiananmen-Ereignis) und die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung. Auch die Kambodscha- und die Afghanistan-Frage spielten eine wichtige Rolle. Li Peng forderte in Islamabad die Herstellung einer möglichst breiten afghanischen Koalition (XNA, 17.11.89).

Die drei besuchten Länder zählen zu den Mitgliedstaaten der Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC), die den Chinesen als ein weiteres regionales Bündnis willkommen ist, da ja, chinesischer Anschauung zufolge, regionale Zusammenschlüsse das Operationsfeld der Supermächte einengen - ein Null-Summen-Spiel. -we-

*(4)

Nur an zwei osteuropäischen Staaten hat Beijing noch seine Freude: an Rumänien und Albanien

Noch im Juli arbeitete die chinesische Diplomatie aufs innigste mit "sozialistischen" Regierungen zusammen, die ihr damals noch höchst lebensfähig zu sein schienen, nämlich mit Rumänien, der CSSR und der DDR (Näheres dazu C.a., Juli 1989, Ü 2).

Von diesen Dreien ist nach wenigen Wochen nur noch einer übriggeblieben, nämlich Rumänien, das in der Zwischenzeit auch durch das "wiederentdeckte" Albanien ergänzt wird.

An beide klammert sich China auf eine schon grotesk wirkende Art und Weise. Dankbar wurde u.a. der Appell Ceausescu zur Kenntnis genommen, China und Rumänien sollten sich noch enger zusammenschließen, um "Maßnahmen zu ergreifen, die zum Vorteil der Entwicklung des Sozialismus" seien. Rumänien werde ungeachtet der Entwicklung in anderen osteuropäischen Ländern eisern am "Sozialismus" festhalten (so in einem Interview mit RMRB, 18.11.89).

Ceausescu machte diese Aussagen am Vorabend des 14.Kongresses der rumänischen KP, bei dem er einstimmig wiedergewählt wurde, woraufhin ihm sein chinesischer Amtskollege Jiang Zemin telegrafisch gratulierte. Kurz vor dem Parteitag kam Politbüromitglied Qiao Shi, seines Zeichens oberster Sicherheits- und Polizeifunktionär der Partei und eine der düstersten Gestalten in der Beijinger Führung, zu einem Besuch nach Bukarest (XNA, 18.11.89).

Am 18.November auch wurde in Beijing eine Ausstellung rumänischer Bücher und Fotografien eröffnet (XNA, 19.11.89). Umgekehrt begann am 6.November eine dreiwöchige Ausstellung chinesischer Kunstgegenstände in Bukarest (XNA, 8.11.89).

Anlässlich des 14.Parteikongresses versprach die chinesische Führung, auch in Zukunft mit dem rumänischen Volk und der rumänischen Partei eng "im gemeinsamen revolutionären Kampf und beim sozialistischen Aufbau" zusammenzuarbeiten (XNA, 23.11.89).

Ebenfalls im November wurde in Beijing eine albanische Ausstellung eröffnet, und zwar anlässlich des 45.Jahrestags der "Befreiung Albanien" (XNA, 22.11.89).

Am 14.November besuchte der albanische Außenminister Malile die Volksrepublik (XNA, 15.11.89) und am 23.November unterzeichnete der albanische Stellvertretende Außenhandelsminister, Konstantin Hodscha, in Beijing ein chinesisch-albanisches Protokoll über Warenaustausch und Zahlung für das Jahr 1990 sowie ein Abkommen über die Gründung eines chinesisch-albanischen Gemeinsamen Ausschusses für die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Vergessen scheinen alle Mißhelligkeiten zwischen beiden Staaten und Parteien. Bekanntlich hatten China und Albanien während der Kulturrevolution engste Freundschaft gepflegt, waren aber dann seit dem Besuch des jugoslawischen Präsidenten Tito in Beijing aneinandergeraten, hatten jahrelang so gut wie kein Wort mehr miteinander gewechselt und hatten erst in jüngster Zeit wieder Kontakte aufgenommen.

-we-

*(5)

Finnland durchbricht die Phalanx der westlichen Verweigerungsfront

Am 8. November kam der finnische Außenminister Salolainen zu einem Besuch nach Beijing, um die Handels- und Kooperationsbeziehungen zwischen beiden Ländern weiterzuentwickeln. Salolainen erklärte, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder "glänzende Aussichten" habe. Der finnische Minister besuchte auch die Ausstellungen "Chinapapier '89" und "Chinawald '89". (XNA, 9.11.89).

Er wurde u.a. von Ministerpräsident Li Peng empfangen.

Bei dem Besuch wurde ein Abkommen unterzeichnet, demzufolge Finnland der VR China einen weichen Kredit von 18,2 Mio. Finnmark (= rd. 4,29 Mio.US\$) gewährt.

Bereits Mitte Oktober 1989 hatte Finnland einen weiteren Kredit für die industrielle Modernisierung Chinas in Höhe von 28,9 Mio. Finnmark gewährt. (XNA, 24.11.89). -we-

*(6)

Befreiung der chinesischen Studenten von der Rückkehrpflicht: China protestiert gegen ein neues US-Gesetz

Senat und Repräsentantenhaus der USA haben am 19. bzw. 21. November 1989 ein Gesetz verabschiedet, das vorsieht, daß sämtliche chinesische Studenten und Wissenschaftler, die mit einem Jahresvisum in den USA studieren, von der Verpflichtung befreit, nach Abschluß ihrer Studien für mindestens zwei Jahre nach China zurückzukehren.

Am 24. November protestierte das Beijinger Außenministerium bei der amerikanischen Botschaft gegen dieses Gesetz, das den Kulturaustausch zwischen beiden Staaten gefährde und die ohnehin schon schlechten Beziehungen noch weiter beeinträchtige. Außerdem handle es sich um den Bruch eines bilateralen Vertrags. Beide Seiten seien sich bei Vereinbarungen ihrer Studentenaustauschprogramme ja stets darüber einig gewesen, daß sie gegenseitig ihre Studenten ermuntern sollten, nach Studienabschluß in ihre Heimatländer zurückzukehren. Wenn die US-Behörden ihr mit solchen Vereinbarungen in

Widerspruch stehendes Gesetz damit begründeten, daß die chinesischen Studenten vor Bestrafung geschützt werden sollten, die sie bei ihrer Rückkehr erwarten, so gehe die US-Seite von einer falschen Prämisse aus. Seit Niederschlagung der "konterrevolutionären Rebellion" seien mehr als 300 chinesische Studenten und Wissenschaftler wieder von ihren Studien in den USA nach China zurückgekehrt und dort in keiner Weise verfolgt worden; vielmehr habe man sie herzlich willkommen geheißen und sie an geeigneten Arbeitsplätzen eingesetzt (XNA, 23.11.89).

Mit "größter Empörung" protestierte China außerdem gegen ein Abänderungsgesetz der USA, das Sanktionen gegen China vorsieht und vom Repräsentantenhaus bzw. vom Senat am 15. und 16. November angenommen wurde. Dieses Gesetz sei ein weiterer Beweis für die fortgesetzte Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Chinas. Die US-Regierung habe den chinesischen Wunsch zur Normalisierung erneut mißachtet und überdies wenig bedacht, daß wirtschaftliche Sanktionen das chinesische Volk nicht in die Knie zwingen könne. Empörend auch, daß das US-Parlament trotz wiederholter Gegendarstellung der chinesischen Regierung immer noch davon ausgehe, daß es sich bei dem Aufruhr vom Mai und Juni um keine "konterrevolutionäre Rebellion" gehandelt habe (XNA, 20. und 21.11.89).

Kein Land habe das Recht, seine Gesellschaftsordnung und seine Wertvorstellungen anderen Ländern aufzuzwingen und sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Die "machtpolitischen Taten des US-Parlaments" zeigten demgegenüber deutlich Arroganz und Vormachtstreben, nicht zuletzt aber auch ausgeprägte China-Feindlichkeit (Wirtschaftssanktionen).

Auch Besuche des früheren US-Präsidenten Nixon Anfang November 1989 und seines Außenministers Kissinger konnten die stürmischen Wogen nicht glätten (XNA, 10.11.89).

Die Volksrepublik machte die USA für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern verantwortlich. Bei einem Bankett zu Ehren des privat in Beijing weilenden ehemaligen amerikanischen Präsidenten

Richard Nixon sagte Chinas Außenminister Qian Qichen, China fühle sich für die Probleme in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen nicht verantwortlich. Man stehe jetzt an einem "Scheideweg". Zugleich lobte Qian Nixon für seinen "Mut", in schwieriger und kritischer Zeit nach Beijing gekommen zu sein.

Nixon warnte in seinen von der amerikanischen Botschaft veröffentlichten Reden davor, den Bestand an Gemeinsamkeiten aufs Spiel zu setzen, und riet in beide Richtungen zu einer *pragmatischen Politik*. Nach seinen Worten müssen beide Seiten wie im Fall des damals von ihm ausgehandelten Shanghai-Kommuniqués aufeinander zugehen und "gemeinsame Anstrengungen" unternehmen, um die Beziehungen wieder auf das richtige Gleis zu bringen.

Den höchsten Grad persönlicher Geiztheit zeigte Nixon nach amerikanischer Darstellung, als er sich zu Wochenbeginn bei einer Begegnung mit Li Peng in scharfen Worten über Umstellung der amerikanischen Botschaftsgebäude durch bewaffnete chinesische Polizisten beschwerte. "Ich will keine Gewehre sehen, wenn ich die Botschaft besuche", zitierten amerikanische Gesprächsteilnehmer den Ex-Präsidenten. Der chinesische Regierungschef konterte, daß die Bewachungsmaßnahmen notwendig seien, um die Flucht des steckbrieflich gesuchten Dissidenten Fang Lizhi und seiner Frau Li Shuxin zu verhindern (zit. nach NZZ, 3.11.89). Beide hatten unmittelbar nach dem Massaker vom 4. Juni in der amerikanischen Botschaft Schutz gesucht und werden dort voraussichtlich noch auf unbestimmte Zeit ausharren müssen. -we-

*(7)

Beijing und die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Dalai Lama

Am 10.12.1989 wurde in Oslo an den Dalai Lama aufgrund eines Beschlusses des Nobelpreiskomitees vom 5. Oktober der Friedensnobelpreis d.J. 1989 verliehen, und zwar mit der Begründung, daß das geistliche Oberhaupt der Tibeter stets der Gewaltanwendung im Kampf für die Befreiung Tibets widerstanden habe und für eine friedliche Regelung eintrete.

Der Dalai Lama lebt bekanntlich seit 1959 im Exil in Indien und genießt bei seinen daheimgebliebenen Landsleuten nach wie vor ungebrochene Popularität und Autorität. Für die Mehrzahl der tiefreligiösen Tibeter ist er eine lebende Gottheit. Seine Worte werden verehrt und sein Bild von den meisten Tibetern am Körper getragen.

Anlässlich des 30. Jahrestags der Flucht des Dalai Lama war es im März zu tibetischen Erhebungen gekommen, die dann allerdings unter Einsatz von Waffen blutig niedergeschlagen wurden. 256 Menschen wurden dabei in z.T. brutalen Aktionen ermordet (vgl. dazu beispielsweise C.a., April 1989, Ü 6). Erst nach den Ereignissen vom 4. Juni ist dieses neuerliche Tibet-Massaker weltweit überhaupt zur Kenntnis genommen worden. Wohin man in Tibet auch kommt, überall ist Militär anzutreffen: ein Beweis dafür, wie "populär" die chinesische Präsenz in Tibet ist!

Kein Wunder auch, daß Verhandlungen zwischen Beijing und dem Dalai Lama weiter in die Ferne gerückt sind als seit Jahren.

Wie zu erwarten, reagierte die Beijinger Regierung auf diesen Akt der "Einmischung in innere Angelegenheiten" und der "Unterminierung des inneren Friedens in China" mit einem Großaufwand an Propaganda sowie mit Einberufung von Foren, nicht zuletzt auch in Lhasa, wo sich "wichtige Persönlichkeiten aus allen Gesellschaftskreisen" empört über den Beschluß Oslos zeigten.

Beijing gibt sich immer dann begeistert, wenn sich in anderen Teilen der Welt, vor allem im südlichen Afrika, der Wille des Volkes durchsetzt. Geht es aber um den Volkswillen in Gebieten an den Rändern Chinas, so will die Regierung von Abstimmungen oder anderen Formen der Willensbekundung des Volkes nichts wissen - man denke an Hongkong, Macau, Taiwan oder aber an Tibet, dessen Zugehörigkeit zu China nun bei Gott nicht so selbstverständlich ist, wie es die Propaganda immer wieder darzustellen versucht.

Daß Tibet beispielsweise, wie auch diesmal wieder betont wurde, schon seit der Yuan-Dynastie unabtrennbarer Bestandteil Chinas sei, ist gelinde ausgedrückt eine Übertreibung. Allen-

falls im Laufe der Qing-Dynastie hat China begonnen, mit Hilfe von zwei Hochkommissaren (Ambanen) die Geschicke Tibets fester in die Hand zu nehmen, allerdings auch nur im außen- und militärpolitischen Bereich, nicht dagegen in der Innenpolitik. Darüber hinaus hat sich Tibet 1911 wieder von China losgesagt und damit eine Entscheidung getroffen, die nicht nur von einigen wenigen Oberbonzen oder Adligen, sondern von der Mehrheit des Volkes getragen war. Wenn es übrigens noch eines Beweises bedürfte, wie es um die Stimmung in der heutigen tibetischen Bevölkerung bestellt ist, so bräuchte man ja nur Wahlen für oder gegen die chinesische Präsenz anzuberaumen. Ein - in diesem Fall ganz gewiß nicht manipuliertes - "Traumergebnis" von sicherlich über 90% wäre dann gewiß: freilich nicht für, sondern gegen die Zugehörigkeit zur Volksrepublik!

Neben dem historischen führt China auch das Befreiungs- und Leistungsargument zu seinen Gunsten an, so auch jetzt wieder im Zusammenhang mit der Verleihung des Nobelpreises an den Dalai Lama. Wörtlich: "1949, als die Volksrepublik in China gegründet wurde, herrschte in Tibet noch eine feudale Gesellschaft, die auf der Leibeigenschaft - ähnlich der des mittelalterlichen Europa - basierte. Politisch war Tibet eine theokratische Diktatur von Klosterautokraten und Adligen; wirtschaftlich war es eine Monopolwirtschaft von Feudalherren, die auf einem Gutshofsystem beruhte, in dem mehr als 95% der Bevölkerung Leibeigene und Sklaven waren. Diese hatten nicht nur keine Produktionsmittel, sondern waren mitsamt ihren Kindern Eigentum ihrer Herren. Erst 1951, als Tibet auf friedlichem Wege befreit, und 1959, als eine gesellschaftliche Reform durchgeführt wurde, konnte eine Million Leibeigene und Sklaven die Ketten der Unterdrückung und Ausbeutung sprengen... Gemeinsam mit den anderen Nationalitäten des Landes schlugen sie den breiten sozialistischen Weg ein. Dieser Fortschritt und die Entwicklung in den letzten 30 Jahren können nicht einmal vom Dalai Lama bestritten werden..."

Un erwähnt bleibt in diesem Text, daß die Befreiung nicht friedlich, sondern durch einen Feldzug erzwungen war, daß die Tibeter zweitens überhaupt nicht "befreit" werden wollten, sondern

sich offensichtlich unter dem alten Regime gar nicht so unwohl fühlten. Drittens aber sind die Modernisierungsleistungen ein Argument, auf das sich auch die Engländer in Indien oder Malaya hätten berufen können; hatten sie dort nicht ebenfalls Straßen, ja sogar Eisenbahnen gebaut, moderne Wissenschaft und Technologie eingeführt und ein zeitgemäßes Erziehungs- und Gesundheitssystem ausgebaut!? Legitimiert diese "Leistung" aber zur dauernden Beherrschung dieser Länder!? China würde auf eine Frage dieser Art höchstens mit Hohn antworten. Andererseits denkt es aber gar nicht daran, ähnliche Argumente auch gegen sich selbst gelten zu lassen!

Besonders grotesk klingt der Vergleich Tibets mit der Finnmark, einem Teil Norwegens, in der bekanntlich die meisten Lappen wohnen. Xinhua fragt: "Würden die Herren des Nobelpreiskomitees einem Lappen den Friedensnobelpreis zugestehen, der die Finnmark und andere Landstriche von Norwegen abtrennen möchte!?" Einer solchen rhetorischen Frage kann man entgegenhalten, daß die Lappen von sich aus kein Interesse haben, sich von Norwegen loszutrennen, da sie sich in diesem Verband recht gut aufgehoben fühlen. Außerdem hat es niemals eine Osloer Regierung gegeben, die 10 Jahre lang versucht hätte, Sitte und Brauchtum dieses Volkes systematisch auszurotten. Der etwas billige Hinweis Beijings, daß entsprechende Exstirpationsversuche in Tibet ja von der Kulturrevolution ausgegangen seien, unter der ja auch China selbst gelitten habe, verfangt für einen Tibetaner nicht: Warum soll er darunter leiden, daß es in China zu einer Erscheinung wie der Kulturrevolution kommen konnte, die ja kein zufälliger Ausrutscher, sondern, genau besehen, nichts anderes war als eine letzte Konsequenz maoistischer Mobilisierungspolitik!? Schließlich sollte man daran erinnern, daß die Finnmark von den Norwegern nicht mit Waffengewalt - sinokommunistisch ausgedrückt: "friedlich befreit!" - wurde! Stünden der sog. "Autonomen(!) Region" Tibet ähnliche Freiheiten zu wie der Finnmark, so hätte kein Tibeter auch nur den geringsten Anlaß, sich über die Zugehörigkeit zur VR China zu beklagen. Auch der Dalai Lama wäre dann längst wieder nach Hause zurückgekehrt - besser: er hätte nie Anlaß gehabt, sein Land zu verlassen!

Dem Friedensnobelpreiskomitee ist nach alledem durchaus zugute zu halten, daß es versucht hat, bewußt einen "positiven Einfluß" auf die politischen Probleme Tibets auszuüben. Allerdings ist zu befürchten, daß es damit angesichts der chinesischen Starrheit am Ende kaum etwas ausrichten wird. Zu tadeln wäre das Komitee deshalb allenfalls wegen mangelnden Realismus, nicht jedoch wegen seines moralischen Engagements!

Zum Schluß nochmals: Warum eigentlich läßt die VR China keine Abstimmung der tibetischen Bevölkerung zu. Ein prochinesisches Votum wäre doch der beste Beweis für die chinesische Behauptung, daß das Osloer Komitee in "beschämender Weise" gehandelt habe! -we-

* (8)

Wiederaufnahme japanischer Finanzierungsprojekte

Anfang Dezember beschloß die japanische Regierung, die Wirtschaftshilfe an China in Form von nicht rückzahlbaren Krediten wieder aufzunehmen. Dabei ging es um einen Gesamtbetrag von 35 Mio. US\$ für vier Projekte, die im Zusammenhang mit den blutigen Ereignissen vom 4. Juni aufgeschoben worden waren. U.a. handelt es sich hierbei um Finanzhilfen für ein Krankenhaus und eine Fernsehstation in Beijing, die 1988 zugesagt worden war. -we-

* (9)

Chinesische Raketen an Syrien?

Am 1. August 1989 berichtete die Zeitung *Al-Ittihad* (in Abu Dhabi, Vereinigte Arabische Emirate), daß Syrien am 18. Mai mit China ein Abkommen unterzeichnet habe, demzufolge die Volksrepublik nahöstliche Staaten mit neuen Boden-Boden-Raketen von einer Reichweite über 600 km beliefern werde (WPD, 2.8.89). Syrien habe sich an China gewandt, nachdem die Sowjets sich geweigert hätten, dem Land SS-23-Raketen zu liefern, und zwar mit Rücksicht auf den zwischen Washington und Moskau geschlossenen Pakt über die Beschränkung von Raketen mittlerer Reichweite.

Mit mehrwöchigem Abstand reagierte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bei einer Pressekonferenz

am 23. November in Beijing auf die Frage eines Journalisten, der sich auf diese Lieferungsvereinbarung bezog. Nachrichten dieser Art entbehrten jeder Grundlage, sagte der Sprecher. Seit dem Verkauf einer geringen Anzahl von Raketen an Saudi-Arabien habe China keinem Staat des nahen Osten mehr Raketen geliefert und trage sich auch nicht mit entsprechenden Plänen.

Ob ein solches Dementi allerdings Glauben findet, ist eine andere Frage; auch im Falle Irans hatte Beijing ja bekanntlich jede Lieferung von "Seidenraupenraketen" in Abrede gestellt, obwohl vor allem die amerikanische Militäraufklärung eindeutige Beweise für das Gegenteil in der Hand hatte. -we-

* (10)

Chinesisches Reisebüro in Tel Aviv

Am 24.9. erklärte der Leiter von Lüxingshe in Tel Aviv, daß seine Agentur demnächst ein ständiges Büro in der israelischen Hauptstadt eröffnen und mit sieben Mitarbeitern besetzen wolle. Ziel des Büros sei es, die Freundschaft und das Verständnis zwischen dem chinesischen und dem israelischen Volk zu vermehren, für Informationen zu sorgen und den israelischen China-Tourismus in Schwung zu bringen.

Er fügte allerdings hinzu, daß es sich beim chinesischen Reisebüro nicht um eine Einrichtung der Regierung handle. Da Lüxingshe allerdings ein Drittel des westlichen Tourismus nach China abwickelt und immer schon als zumindest halbstaatliche Einrichtung angesehen wird, liegt hier ein weiterer Schritt Beijings auf Israel vor, der anderen engen Freunden Chinas, wie Syrien oder Palästina, nicht gerade sympathisch sein dürfte. Stets allerdings hat Beijing die Ausrede, daß es mit Israel ja keine offiziellen Beziehungen aufnehmen. Außerdem wiederholte der chinesische Vertreter am 21. November vor der UNO den altbekannten chinesischen Fünf-Punkte-Vorschlag für eine friedliche Lösung der Mittelost-Frage: (1) Lösung der Frage durch politische Verhandlungen und ohne Anwendung von Gewalt; (2) Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz zur Nahost-Frage; (3) Abhaltung verschiedener Formen von Dialog, einschließlich direkter Gespräche zwischen der PLO und Israel; (4) Auffor-

derung an Israel, die palästinensischen Einwohner in den besetzten Gebieten nicht mehr zu unterdrücken und sich von den besetzten arabischen Territorien zurückzuziehen, wobei im Gegenzug die Sicherheit des Bestandes Israels garantiert werden müßte und (5) gegenseitige Anerkennung der Staaten Palästina und Israel (XNA, 23.11.89). -we-

* (11)

Schwunghafter Schmuggel entlang der Grenze zu Vietnam

Seit der vietnamesische Staatsrat die Direktive Nr.32 über Handel und Verkehr in den Grenzgebieten erließ, wurden entlang der sino-vietnamesischen Grenze 21 Übergangsstellen geschaffen. Zehntausende von Personen überquerten nun täglich die Grenze und entwickelten dabei ein offensichtlich höchst eindrucksvolles Schmuggelgeschäft. Radio Hanoi klagte: "Wenn jede Person bei jedem Grenzübertritt 25 kg mit sich trägt, dann beläuft sich der Umfang der pro Tag transportierten Waren auf 500-800 t; das entspricht der Ladung von Hunderten mittelgroßer Lkws oder eines großen Güterzugs. Vom 1. Januar bis 30. Juli 1989 belief sich der Wert der Ex- und Importe über die Grenzen der Provinz Lang Son auf 48 Mrd. Dong, davon Exporte im Werte von 20 Mrd. Dong und Importe von etwa 28 Mrd. Bis zum 20. August 1989 beliefen sich die Zahlen der kontrollierten Exporte auf 1.000 t Gummi, 120 t Garn, etwa 500 t Eisenmetall, mindestens 1 Mio. m ungebleichter Stoffe und 800-1.000 t geschmuggelten Kupfers. Dabei ist hervorzuheben, daß die Zahl für beschlagnahmtes Kupfer nur etwa ein Zehntel der vermutlich über die Grenze geschmuggelten Gesamtmenge ausmacht. Schätzungen einiger Grenzverwaltungsbehörden zufolge liegt das täglich über die Grenze geschmuggelte Kupfer bei rd. 3 t.

Die Waren werden in aller Heimlichkeit auf Schlingelpfaden über die Grenze gebracht. Ende August versteckte die Batteriefabrik von Winh Phu 2 t Blei, das kurz vorher aus Mexiko importiert worden war, unter einer Ladung Phosphordünger (Radio Hanoi nach MD Asien, 20.11.89, S.5.). Hier wurden also Waren weitergeschmuggelt, die vorher vom Staat gegen Devisen hatten importiert werden

müssen. Ähnlich geht es bei anderen Sorten von Gütern. Viele offizielle Stellen, die die Genehmigung zur Einfuhr bestimmter Produkte erhalten hatten, verkauften ihre Waren intern an private Händler weiter, um Profit aus den Preisunterschieden zu ziehen. Der Handel nach China scheint sich also offensichtlich mehr zu rentieren als der Handel im eigenen Lande - ein Zeichen dafür, daß das Wirtschaftsniveau in der VRCh höher entwickelt ist als in der SRV. -we-

*(12)

Erneute Hinwendung zu Afrika: Eine Trotzreaktion gegenüber dem Westen

Nachdem China im Gefolge des Massakers vom Westen diplomatisch geschnitten wird, besinnt es sich wieder verstärkt auf seine Beziehungen zur Dritten Welt. Bezeichnend dafür die Reise Außenminister Qian Qichens durch sechs südafrikanische Länder vom 26. Juli bis 12. August 1989 (dazu C.a., Juli 1989, Ü 1).

1989 vor allem gab es eine Zunahme politischer Kontakte und Gespräche. Die Führer von Mali, Burundi, Uganda, Togo, Burkina Faso, Ghana und Sierra Leone besuchten China. Umgekehrt reisten zahlreiche Delegationen Chinas nach Afrika. Auch nahm China bei der Überwachung der Wahlen und des Unabhängigkeitsprozesses in Namibia durch die Entsendung von Personal für die UN Assistance Group teil. Zum ersten Mal auch hat China ein Ausbildungszentrum für Agrartechniker aus der Dritten Welt, vor allem für Afrikaner, eröffnet.

Einer der Hauptgründe für die verstärkte Hinwendung zu Afrika ist das "Verständnis", das die chinesische Führung bei afrikanischen Regierungen für die Niederschlagung der Studentenerhebung gefunden hat. Auch habe sich keiner der afrikanischen Staaten wegen dieses Vorfalls in die inneren Angelegenheiten Chinas eingemischt. Überhaupt spielt der Ausdruck "keine Einmischung" in den sino-afrikanischen Gesprächen eine außerordentlich wichtige Rolle.

Ein zweiter Grund ist die Beijinger Befürchtung, Taiwan könne mit seiner Wirtschaftskraft weitere afrikanische Regierungen dafür gewinnen, sich wieder von Beijing abzuwenden. Vor al-

lem Liberia hat mit seinem Schwenk einen peinlichen Präzedenzfall geschaffen. Beijing wendet sich mit Empörung gegen "Tricks wie Wirtschaftshilfe, Darlehen- und Dollarpolitik", mit denen Taiwan seine "elastische Politik" zur Schaffung "zweier Chinas" einsetze.

Gemeinsam mit den afrikanischen Staaten will China sich für drei außenpolitische Entwicklungen einsetzen, die in Richtung "Friede und Entwicklung" weisen, nämlich (1) verstärkte Anwendung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den zwischenstaatlichen Beziehungen, (2) Ersetzung der alten ungerechten internationalen Wirtschaftsordnung durch die neue UNCTAD-Ordnung und (3) verstärkte Süd-Süd-Zusammenarbeit, die auch der wirtschaftlichen "Dekolonisation" dienen soll (so Außenminister Qian Qichen in einem Interview mit "China-afrique", BRu 1989, Nr.49, S.13 ff.).

Bei der 44. Sitzung der UNO-Generalversammlung betonte der chinesische Vertreter, daß China afrikanischen Ländern auch in Zukunft Wirtschaftshilfe gewähren wolle, und zwar Kredite mit langer Laufzeit und ohne Zinsen (XNA, 15.11.89). Zu diesem Zweck beispielsweise bot die Volksrepublik dem Kongo im November 625.000 US\$ für die Entwicklung eines Volksschullehrerausbildungsprogramms (XNA, 25.11.89). Zaire erhielt einen Kredit von 266.000 US\$, ebenfalls zur Förderung eines Schulungsprojekts (XNA, 29.11.89). Eine ähnliche, nicht weiter präzierte Summe wurde der Zentralafrikanische Republik gewährt (XNA, 23.11.89).

Ende November kam auch der "Vorsitzende der Südkommission", Julius Nyerere, zu einem Besuch nach China (17.-23.11.). Beide Seiten wandten sich gegen Einmischungsversuche von seiten der Industrieländer und versprachen sich gegenseitig entschlossenen Kampf gegen den "Neo-Kolonialismus". Nyerere meinte, daß ein starkes China gleichbedeutend mit der Stärkung der Dritten Welt sei.

Nyerere informierte seine chinesischen Gesprächspartner über die Arbeit der Südkommission, die im Juli 1987 gegründet worden war, und die auf eine Intensivierung der Süd-Süd-Zusammenarbeit sowie auf Förderung des Nord-Süd-Dialogs mit dem Ziel einer Reform der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsordnung hinarbeite. U.a. wurde Nyerere von Deng Xiaoping empfangen (XNA, 22. und 24.11.89). -we-

*(13)

"Sieg des namibischen Volkes"

Auf der Grundlage der Resolution Nr.435 des UNO-Sicherheitsrats vom Jahre 1982 fanden vom 7.-11. November Wahlen für die Unabhängigkeit Namibias statt, die allerdings nicht ganz nach dem chinesischen Wunschbild verliefen, da die Swapo keine Zwei-Drittel-Mehrheit, sondern lediglich 41 von 72 Sitzen in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung gewinnen konnte. Immerhin aber kann sie auch damit in jeder Koalitionsregierung eine überragende Position einnehmen. China, das die Swapo über viele Jahre hinweg unterstützt hatte - und zwar nicht nur mit politischen Erklärungen, sondern auch mit materiellen Mitteln - gratulierte dem Swapo-Vorsitzenden San Nujoma zu seinem Sieg und versprach, auf der Grundlage der Fünf Prinzipien mit dem unabhängigen Namibia zusammenzuarbeiten.

An der "UN Transitional Assistance Group", die die Wahl überwachte, nahmen auch 20 Vertreter der VR China teil - also Repräsentanten eines Landes, das sich sonst strikt weigert, Gebieten wie Hongkong, Macau, Taiwan oder Tibet auch nur die geringste Form von Volksabstimmung zuzugestehen.

Gegenüber Südafrika will Beijing auch nach der Entscheidung in Namibia seine bisherige Politik des Nichtkontakts beibehalten. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte am 9. November, daß es zu Südafrika keinerlei offizielle Beziehungen gebe und daß es auch keiner chinesischen Firma erlaubt sei, mit Südafrika Handel zu treiben. Vielmehr stehe China entschieden hinter dem südafrikanischen Volk in seinem gerechten Kampf gegen die Apartheid (XNA, 3.11.89).

Offiziell will es weiterhin die "Frontstaaten", nämlich Sambia, Botswana, Zimbabwe, Tansania, Mozambique und Angola sowie die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) bei der Lösung des Südafrikaproblems unterstützen.

Gleichwohl befindet sich China längst mit Südafrika in Handelsbeziehungen, auch wenn dies offiziell geleugnet wird. Die Volksrepublik fährt hier einen ähnlich doppelspurigen Kurs wie gegenüber Israel. -we-